



Streng geheim

USA geben zu, dass Ukraine bereits weiterreichende »Atacms«-Raketen erhalten hat – am Kongress vorbei. Dies geht aus einer Recherche der *New York Times* hervor.

Von Reinhard Lauterbach

SEITEN 6 UND 8

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 26. APRIL 2024, NR. 98 · 2,10 EURO (DE), 2,40 EURO (AT), 2,80 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

An allen Fronten

Einmarsch der Türkei in Kurdistan-Region des Irak: Druck auf kurdische Medien und Aktivisten

3

Auf Schalke

Gelsenkirchen: Fahndung nach Fußballanhängern. Fanhilfe und Anwalt beklagen Vorverurteilung

4

Im Sand

Rafah: Bevölkerung vor »Evakuierung« in Zeltstädte, damit Israels Einmarsch beginnen kann

7

Unter die Räder

Auftakt der Messe »Beijing Auto Show«: Düstere Perspektiven für VW, Mercedes, BMW und Co.

9

Orden fürs Morden

Deutsches Parlament beschließt nationalen Gedenktag für Bundeswehr-Veteranen am 15. Juni. **Von Karim Natour**

Jährlich legt der US-Präsident einen Blumenkranz auf dem riesigen Soldatenfriedhof in Arlington nieder. Was ursprünglich als Gedenktag an den Waffenstillstand im Ersten Weltkrieg im November 1918 begann, heißt seit 1954 »Veteranentag« und ist allen altgedienten Soldaten der US-Armee gewidmet. Nachdem sie im Namen des Imperiums in fremde Länder eingefallen sind, tragen viele von ihnen psychische und körperliche Schäden davon oder kommen im Leichensack nach »god's own country« zurück.

Die eigenen Soldaten »umfassend wertschätzen« will künftig auch die Bundesrepublik. Am Donnerstag hat der Bundestag einen Antrag von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP angenommen, der den 15. Juni zum »Nationalen Veteranentag« erklärt. Dafür stimmten nach einer rund 80minütigen Debatte alle im Bundestag vertretenen Fraktionen, dagegen votierte die Linke-Gruppe. Gewidmet ist das Gedenken allen ehemaligen Soldaten seit der Gründung der Bundeswehr 1955. Diese ist seit 1959 in mehr als 50 Ländern im Auslandseinsatz gewesen, heißt es stolz in dem Papier, seit den 1990ern auch für »friedenssichernde Einsätze«. Den »Staatsbürgern in Uniform«, die ihr Leben für »die Sicherheit, Freiheit und die Werte unseres Landes« riskierten, gebühre »Respekt, Anerkennung und Würdigung«. Neben dem Image der Bundeswehr soll auch



Werden bald alljährlich gefeiert: Deutsche Soldaten in Ländern, wo sie nichts verloren haben (Kundus, 6.12.2010)

die Nachsorge der mehr als zehn Millionen Veteranen und ihrer Familien verbessert werden.

Die Parlamentsdebatte wurde von gegenseitigem Lob für die »herausragende« überparteiliche Zusammenarbeit dominiert, ebenso von der Erklärung von Kampfeinsätzen zur »Verteidigung von Frieden und Freiheit«. Zahlreiche Abgeordnete, darunter mehrere ehemalige Soldaten, dankten zudem den Armeeverbänden und der Veteranencommunity für ihren jahrelangen Lobbyismus. Nun sei es an der Zeit für einen »Mentalitätswechsel«, erklärte der SPD-Politiker Johannes Arlt zu Beginn der Aussprache. Die im vergangenen Jahr in Düsseldorf ausgetragenen »Invictus Games« (Sportereignis für kriegsversehrte Soldaten) hätten für mehr Verständnis in

der Bevölkerung gesorgt, stellte der Unionsabgeordnete Florian Hahn fest. Dieses »Momentum der Games« zu nutzen, sei »folgerichtig«. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) nannte den Veteranentag ein »Zeichen der Wertschätzung« für diejenigen, die sich in Afghanistan, Mali oder im Roten Meer für die »Freiheit unseres Landes einsetzen«. Nicht gegen die Ehrung, wohl aber gegen die kriegsrische Eskalationspolitik der Bundesregierung in der Ukraine sprach sich Hannes Gnauck (AfD) aus. Er forderte, »die größte Katastrophe des 21. Jahrhunderts zu verhindern« und mit Russland zu verhandeln. Dietmar Bartsch (Linke) kritisierte gar, dass es sich bei dem Gedenktag nur um Symbolpolitik handele. Statt dessen solle man die Altgedienten »lieber auf eine Bootsfahrt

einladen« und eine »schöne Party machen«. Die »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK) verurteilte den Veteranentag in einer Mitteilung scharf und warnte vor einem »weiteren Schritt zurück« zu einer »Blut und Ehre«-Mentalität um deutsche Soldaten.

Die angestrebte Glorifizierung des Soldatentums soll laut Bundesregierung die »Bindungen zwischen Bundeswehr und Gesellschaft stärken« – sprich, das Morden auf den Schlachtfeldern normalisieren und die Heimatfront auf Linie bringen. Für die von Pistorius angekündigte Kriegstüchtigkeit und die heraufziehende militärische Großkonfrontation ist das mindestens so wichtig, wie Abermilliarden für Kriegsgerät und Ausrüstung zu verpassen.

Macron plant Kriege der EU

»Europa als Macht«: Frankreichs Präsident drängt in Grundsatzrede zur Militarisierung

Unter dem Motto »Europa als Macht« hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am Donnerstag in einer Rede an der Pariser Sorbonne den raschen Aufbau einer »glaubwürdigen Verteidigung des europäischen Kontinents« gefordert. Die EU müsse »bis 2025 eine Schnelle Eingreiftruppe« aufstellen, um innerhalb kürzester Zeit bis zu 5.000 Soldaten »in eine feindliche Umgebung« entsenden zu können, verlangte Macron. Darüber hinaus solle etwa »eine europäische Militärakademie« geschaffen werden. Der

Präsident verzichtete darauf, für die – bisher nicht durchsetzbare – Gründung einer einheitlichen EU-Armee zu plädieren, und sprach sich statt dessen relativ nebulös dafür aus, »strategische Vertrautheit« zwischen den Streitkräften der EU herzustellen. Um die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten, werde er »in den nächsten Monaten« verbündete Staaten einladen, kündigte Macron an.

Macron erklärte, die Zeit dränge. Zwar sei es der EU in den vergangenen Jahren gelungen, Fortschritte auf dem Weg zu größerer Souveränität

zu erzielen. Dies hatte Macron nur wenige Monate nach seiner Wahl, am 26. September 2017, in einer Rede gleichfalls an der Sorbonne gefordert. So habe das Staatenkartell mit gemeinsamer Impfstoffbeschaffung die Covid-19-Pandemie abgewehrt, entwickle und beschaffe Technologien der Klimawende und verteidige geschlossen die Ukraine gegen »die russische Aggression«. Allerdings geschehe das viel zu langsam. »Europa« sei von »hemmungslosen Mächten« eingekreist und werde von ihnen »auch im Innern« bedrängt;

sein »Erwachen« vollziehe sich nicht schnell genug. Das Ruder müsse »jetzt« herumgerissen werden. Geschehe das nicht, dann könne »Europa sterben«, äußerte Macron.

In Paris wird Macrons Rede auch als präsidiales Eingreifen in den – offiziell noch gar nicht eröffneten – Wahlkampf zur EU-Wahl eingestuft. Die Macron-Partei Renaissance dümpelt laut Umfragen mit kaum 18 Prozent vor sich hin, während Marine Le Pens Rassemblement National aktuell auf rund 31 Prozent hoffen kann.

Jörg Kronauer

Blinken zu Gesprächen in Beijing

Beijing. US-Außenminister Antony Blinken ist im Rahmen seiner China-Reise am Donnerstag in Beijing eingetroffen. Es seien Gespräche mit hochrangigen chinesischen Regierungsvertretern geplant. In der chinesischen Hauptstadt sollte der Außenminister auf seinen Amtskollegen Wang Yi treffen. Auch ein Treffen mit Präsident Xi Jinping wird erwartet. Blinken hatte zuvor bei einem Besuch in der Hafenstadt Shanghai am Mittwoch für einen »verantwortungsvollen Umgang« der USA und Chinas mit ihren Differenzen geworben. Am selben Tag beschloss die US-Regierung allerdings mehrere gegen China gerichtete Maßnahmen. Bei Gesprächen mit der chinesischen Führung am Freitag sollen nach US-Angaben Konfliktthemen wie der Ukraine-Krieg, die Taiwanfrage sowie der Handel zur Sprache kommen. Es ist der zweite China-Besuch Blinkens innerhalb eines Jahres.

(AFP/jw)

Hunderte Ärzte der Charité im Streik



Berlin. Hunderte Ärztinnen und Ärzte der Berliner Charité haben am Donnerstag für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Geld gestreikt. »Sparité« und »Sparen, bis kein Arzt kommt«, war auf Plakaten zu lesen. Der Marburger Bund sprach von rund 1.000 Teilnehmern, die Polizei von bis zu 750. Die Ärztegewerkschaft hatte die insgesamt rund 2.700 Mediziner der drei Charité-Standorte zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Zahlreiche planbare Operationen wurden an diesem Tag verschoben. In den Tarifverhandlungen mit der Charité fordert der Marburger Bund etwa eine Lohnsteigerung um 12,5 Prozent und einen neuen Zuschlag für Arbeit in Randzeiten. Das Angebot der Charité von jeweils 2,3 Prozent mehr für 2024 und 2025 sowie eine theoretische Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden sei völlig unzureichend, kritisierte die Gewerkschaft in einer Mitteilung.

(dpa/jw)

jw wird herausgegeben von 2.751 Genossinnen und Genossen (Stand 24.4.2024)
www.jungewelt.de/lpg

